

II-9031 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4543/J

1989 -11- 15

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Partik-Pable, Probst
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend behindertenfeindlicher U-Bahn-Bau in Wien

Am 5. Oktober 1989 wurde die "neue" U6 der Öffentlichkeit präsentiert. Neu ist jedoch lediglich die Linienbezeichnung, die Waggonen bleiben die alten; mit hohen Stufen und für viele Wiener unbenutzbar.

Besonders sensibel gewählt war der Ausgangspunkt der U6, die Station Michelbeuern. Diese Haltestelle wird in Zukunft das Allgemeine Krankenhaus an den Massenverkehr anbinden. Tausende alte und gebrechliche Wiener und Eltern mit kranken Kleinkindern werden als Patienten oder Besucher vor Waggonen stehen, die sie nur mit akrobatischem Aufwand erklimmen können. Ein anwesender Journalist und Rollstuhlfahrer verzichtete darauf, die vorbereitete Pressefahrt mitzumachen und sich von mehreren helfenden Kollegen in die Garnitur heben zu lassen. Auf den Vorhalt, daß in vielen europäischen Großstädten bereits perfekte Lösungen angeboten werden, wurde nicht eingegangen.

Die Tatsache, daß in den USA (derzeit laufen dort bereits in vielen Städten Autobusse, die auch durch Rollstuhlfahrer ohne Fremdhilfe benutzbar sind) am 8. September 1989 ein Gesetz verabschiedet wurde, welches regelt, daß alle amerikanischen Massenverkehrsmittel innerhalb der nächsten fünf Jahre auch behinderten Menschen zugänglich sein müssen, war dem Stadtrat kein Kommentar wert.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wissen Sie, daß die Wiener U-Bahn nicht behindertengerecht gebaut wird?
- 2) Sind Sie nicht der Meinung, daß beim Neubau der U-Bahn die behindertengerechte Verwendung unabdingbar ist?
- 3) Was werden Sie tun, um die weitere Planung und den Bau der Wiener U-Bahn behindertengerecht zu gestalten?
- 4) Welche Möglichkeiten sehen Sie in Anbetracht dessen, daß der Bund zu 50 % die Finanzierung der Wiener U-Bahn trägt - die Verantwortlichen Wiener Politiker zu veranlassen, die U-Bahn behindertengerecht zu bauen?